

Dieses Blatt
erscheint täglich
Abends und ist
durch alle Post-
anstalten des In-
und Auslandes zu
beziehen.

Dresdner Journal.

Preis für
das Vierteljahr
1¼ Thlr.
Insertionsgebühren
für den Raum
einer gespaltenen
Zeile 8 Pf.

Herold für sächsische und deutsche Interessen.

Redigirt von **Karl Wiedermann.**

Anzeigen aller Art für das Abends erscheinende Blatt werden bis 12 Uhr Mittags angenommen.

Inhalt. Dr. Theile, gegen die Trennung der Schule von der Kirche. — Verhandlungen der Stadtverordneten in Dresden. — Tagesgeschichte: Dresden: Zweite allgemeine sächsische Lehrerversammlung; Großenhain: Volksversammlung. Berlin. Apenrade. Schweidnitz. Frankfurt. Karlsruhe. München. Wien. Pesth. Mailand. Verona. Neapel. — Feuilleton. — Eingekendetes. — Geschäftskalender. — Ortskalender. — Angekommene Reisende.

Bekanntmachung.

Um einem vielfach geäußerten Wunsche des Publikums zu entsprechen, die militärische Feier am 6. August a. c. mehr in der Nähe Dresdens stattfinden zu lassen, ist Anordnung getroffen worden, daß dieselbe auf dem gewöhnlichen Infanterie-Exerzirplatze, rechts der Königsbrücker Straße abgehalten werde.

Zu bemerken ist jedoch, daß, wegen des sehr beschränkten Raumes, Wagen und Reiter auf dem erwähnten Platze nicht zugelassen werden können.

Dresden, den 5. August 1848.

**Das General-Commando der Armee.
v. Cerrini.**

Gegen die Trennung der Schule von der Kirche.

Durch den politischen Umschwung der Gegenwart und durch die Art und Weise, in welcher sich jetzt die in Aussicht gestellte Selbstständigkeit der Kirche gestalten zu wollen scheint, ist die von den sächsischen Lehrern in die Hand genommene und in diesen Tagen in Dresden von neuem zur Verhandlung gebrachte Emancipationsfrage auf einen wesentlichen andern Standpunkt gekommen. Wenn nun schon auf der Leipziger Versammlung im April die alte Anschauung, unter Kirche die Geistlichen und unter der Schule die Schullehrer zu verstehen, noch keineswegs überwunden war, vielmehr der Kampf für die angebliche Selbstständigkeit der Schule überwiegend als das Bestreben erschien, möglichst ohne Vermittlung der Kirche und ihrer Organe dem Staatsregimente untergeordnet zu werden: so wird jedes lebendige Glied der Kirche wenigstens gegen alle und jede Feststellung der Verhältnisse der Schule um so entschiedener protestiren müssen, da einerseits wer der vom Staate in Aussicht gestellten kirchlichen Selbstständigkeit mit freudiger Hoffnung entgegensteht, nicht gemeint sein kann, sich gleichsam mit der andern Hand eine neue Knechtschaft auflegen zu lassen, und da andererseits die Kirche als Ganzes noch einer vom Staate unabhängigen Vertretung ermangelt.

Nachdem nun einmal die neue Zeit statt der verweigernden Reformen eine förmliche Revolution gebracht und auch Manches auseinander gerissen hat, was bei gegenseitiger Nachgiebigkeit unbedenklich und gern vereinigt geblieben wäre: so wird bei dem jetzigen Stande der Dinge die Frage: „Soll der Staat überhaupt ein religiöses Bekenntnis als Bedingung der Zugehörigkeit verlangen?“ leider nur verneint werden können. Da das bloße „Bekennen“ die Staatszwecke gar nicht berührt, darüber aber, ob ein Bekenntnis für die Staatsbürgerpflicht wirklich oder genug religiös sei, der Staat als solcher ebensowenig eine sichere Entscheidung hat, als darüber, ob der einzelne Bekenkende religiös genug sei oder nicht: so könnte eine ausdrücklich gestellte religiöse Anforderung nur

den Sinn haben, daß jeder Staatsbürger sich irgend einer Religionsgemeinschaft anschließen müsse. So richtig und wichtig nun eine solche Forderung wäre, weil eben der Staat kein „bloßer Polizeistaat“, keine „geistlose“ Rechtsanstalt sein soll und weil es namentlich auch für die Zwecke der Erziehung kein wirksameres und erfolgreicher Mittel giebt, als die Association: so müßte doch ein diesfalliger Zwang nur zu weitem Spaltungen der Gesellschaft und unter Umständen gerade zu Dem führen, was der Staat vermeiden will. Es könnte dann zu Religionsgemeinschaften kommen, die ihre Religion ausdrücklich in die Religionslosigkeit setzten, während, wenn der Staat eine solche Forderung nicht stellt, sondern es jedem Einzelnen frei läßt, sich in religiöser Hinsicht anzuschließen oder nicht, ein Nichtanschlusß gewiß nur sehr vereinzelt und bloß vorübergehend eintreten wird. Denn hoffentlich wird die freie Kirche sich wenigstens insoweit von ihrer Theologie frei zu machen wissen, daß sie Stichworte, wie „ungeänderte“ augsburgische Konfession nicht mehr duldet und überhaupt den Standpunkt von 1530 und 1580 nicht als maßgebend gelten läßt.

Kann aber der Staat bestimmte religiös-konfessionelle Forderungen um so weniger stellen, da er sich doch mit dem äußeren Bekenntnis begnügen müßte: so bleibt für ihn natürlich die Schule das einzige Mittel, um die Bildung und Erziehung zur Religion und Sittlichkeit, ohne welche von wahrer und dauernder Wohlfahrt sowohl des Ganzen als des Einzelnen nicht die Rede sein kann, möglichst früh und tief und umfassend zu begründen und sicher zu stellen. Um so näher liegt aber auch die Möglichkeit, daß er gerade die Schule benutze, um auf indirektem Wege die Gewalt über die Kirche wieder zu erhalten, welcher er sich direkt entäußern mußte. Aber ebenso entchieden, als er sich an der Schule gerade um so mehr betheiligen muß, je mehr er den Kirchen freie Hand läßt, machen Recht und Pflicht den letztern eine Nichtbetheiligung unmöglich. Die Frage: „Darf die Kirche die Schule frei geben?“ kann nur verneint werden. Denn gerade die Grundlegung und auch die Einheit der Erziehung und Bildung ist für das gesammte kirchliche Wesen und Leben so sehr